

Anlage

Stadtarchiv Offenburg Untersuchung der Offenburger Straßennamen

Im Rahmen der Untersuchung der 757 Offenburger Straßennamen erstellte das Archiv eine Ausgangsliste mit 53 Namen (= ca. 7%). Es handelt sich dabei um Persönlichkeiten, die während der Weimarer Republik und der Zeit des Dritten Reiches lebten und in dieser Zeit gewirkt haben; d.h. ausgewählt wurden alle Namensgeber, die nach 1840 geboren wurden und nach 1933 starben. Zusätzlich untersuchte das Archiv alle Straßenbenennungen, die zwischen 1933 und 1945 vorgenommen wurden.

KATEGORIE 1: (26 Straßennamen)

1.1. NS-Verfolgte, aufgrund ihrer Gegnerschaft zum NS-Regime bzw. aufgrund ihrer demokratischen Grundhaltung bekannte Persönlichkeiten

- Batzer, Ernst, Lehrer, NS-Verfolgter 1882-1938
- Blumenstock, Walther, von Nationalsozialisten verfolgter Bürgermeister, ging ins Exil 1892-1970
- Cohn, Esther, Offenburger Jüdin, in Auschwitz ermordet 1926-1944
- Damaschke, Adolf, Pädagoge 1865-1935
- Ehlen, Nikolaus, pazifistischer Lehrer und Zentrumspolitiker 1886-1965
- Einstein, Albert, Physiker und Nobelpreisträger 1879-1955
- Fendrich, Anton, Verfolgter SPD-naher Schriftsteller, Stadtrat in Freiburg, 1868-1949
- Geck, Adolf, Verleger und verfolgter SPD-Politiker 1854-1942
- Heinemann, Gustav, Bundespräsident 1899-1976
- Meitner, Lisa, Jüdische Physikerin und Regimegegnerin 1878-1968
- Moltke, Helmuth James Graf von, Jurist, Gründer des Kreisauer Kreis 1907-1945
- Muser, Oskar, Jurist, liberaler Politiker, 1850-1937
- Ossietzky, Carl von, Publizist, ermordet im KZ Esterwegen 1889-1938
- Schneider, Reinhold, katholischer Schriftsteller, zählte zum Widerstand, Träger des Friedenspreis des dt. Buchhandels 1903-1958
- Scholl-Geschwister, Studenten, Widerstandskämpfer 1918/1921-1943
- Schweitzer, Albert 1875-1965, Arzt, Theologe, Philosoph, Pazifist 1875-1965
- Selbert, Elisabeth, Juristin, SPD-Politikerin, Mitglied des Parlamentarischen Rates 1896-1986
- Wiegand, Hertha, Ärztin, NS-Opfer, 1890-1944

1.2. Lokale Persönlichkeiten mit Nichtmitgliedschaft in der NSDAP oder nachweislich kritischer Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus

- Borst, Bernhard, Senator, Architekt 1883-1963
- Burda, Aenne, Verlegerin 1909-2005
- Eckener, Hugo, Nachfolger von Graf von Zeppelin 1868-1954
- Herb, Franz, Bürgermeister von Zell-Weierbach 1891-1977

- Holler, Josef, Jurist, Oberbürgermeister, 1881-1959
- Müller, Lukas, Journalist, 1887-1961
- Schmidt, Franz Bürgermeister von Zell-Weierbach 1868-1949

Bernhard Borst 1883-1963 Benennung: Nordoststadt 1951

Bernhard Borst wurde 1883 in Offenburg geboren. 1903 schloss er seine Ausbildung als Baumeister an der königlichen Baugewerkschule in München ab und arbeitete zunächst als Ingenieur. Nach 1908 wirkte er als Münchner Architekt, seit 1911 mit dem Signet „Bernhard Borst - Spezialist für Einfamilienhäuser“. Mitte der 1920er Jahre gehörte Borst zu den bekanntesten Münchner Architekten und wurde Herausgeber der Zeitschrift „Die Baukunst“. Bekanntestes Bauprojekt war die „Borstei“, die Borst von 1924 bis 1930 erbaute, ein seinerzeit konservatives und gleichzeitig visionäres Architekturmodell mit 26 Häusern und 243 Wohnungen, zukunftsweisenden Serviceangeboten (Fernheizung, Wäscherei etc.) sowie künstlerisch gestalteten Gartenanlagen. Nach 1945 nahm Borst an den Diskussionen um den Wiederaufbau Münchens regen Anteil. Der Verleihung der Senatorenwürde durch die Technische Universität Karlsruhe 1933 folgte 1958 eine Ehrung der Stadt München. 2003 würdigte die Stadt München Borsts Wirken mit einer Erinnerungstafel. Über Borsts Haltung im Dritten Reich berichtet der frühere Offenburger Museumsleiter Klaus Weschenfelder in seiner Dissertation, dass die Nationalsozialisten 1933 zwar versuchten, Borsts konservativen Architekturansatz zu vereinnahmen. Borst wurde jedoch wenig später wegen seiner Nicht-Parteimitgliedschaft kritisiert, ebenso für seine Anweisung, die Mietern verbot, Hakenkreuzfahnen aus den Fenstern der Borstei-Fassaden zu hängen. Borst konterte die nationalsozialistische Kritik in der „Münchner Post“ mit einer erneuten öffentlichen Missbilligung. Weitere Informationen zu Borst aus der NS-Zeit liegen nicht vor. Klaus Weschenfelder hält Borst insgesamt rückblickend für einen integren Zeitgenossen.

Literatur: Klaus Weschenfelder: Die Borstei in München. Ein konservatives Siedlungsmodell der Zwanziger Jahre, Neue Schriftenreihe des Stadtarchivs München, Heft 99 (1980). Axel Winterstein: Borstei. Bernhard Borst-Leben für eine Idee, München 2005

Aenne Burda 1909-2005 Benennung: Südoststadt 2004

Aenne Burdas große Karriere als Unternehmerin und Verlegerin begann erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Folglich liegen aus der Zeit zwischen 1933 und 1945 keine Akten über sie vor. Aenne Burda war nachweislich weder Mitglied in der NSDAP noch einer anderen NS-Organisation, somit gibt es auch keine Spruchkammerakten. Nach Aussagen von Prof. Dr. Hubert Burda war seine Mutter den Nationalsozialisten kritisch gegenüber gestanden; hätte sie doch erkannt, dass diese „alles Kriminelle“ gewesen seien. *„Ich war leidenschaftlich gegen Hitler, schon weil ich das Wort Sozialismus nicht mochte“*, so eine Aussage nach 1945. Ute Dahmen schreibt in ihrer Biografie: *„Von den Nazis lässt sie sich nicht einspannen, wehrt sich mit Händen und Füßen, der NS-Frauenschaft beizutreten“*. (U. Dahmen, S.81) So soll sie für ihren Sohn Franz Ausreden erfunden haben, der den „Pimpfen“, dem 10- bis 14jährigen Deutschen Jungvolk in der Hitlerjugend, beitreten sollte. Als NS-Funktionäre Franz Burda die Stelle als Generalbevollmächtigten für das Druckwesen in den besetzten

Gebieten Russlands anboten, lehnte dieser ab, nachdem seine Frau ihn eindringlich davor gewarnt hatte. Ihr ältester Sohn Franz Burda hob in seiner Rede zu ihrem 85. Geburtstag hervor: *„An der Seite eines nach vorne stürmenden Mannes hast du mit einem angeborenen natürlichen Instinkt sehr früh politische Sensibilität entwickelt. Du bewahrtest auch den allzu begeisterungsfähigen und arglosen Vater vor politischem Schaden“.* (U. Dahmen S. 62)

Literatur: Peter Köpf: Die Burdas, 2002, Ute Dahmen: Aenne Burda. Wunder sind machbar, 2009; Bundesarchiv.

Hugo Eckener 1868-1954 Benennung: Nordstadt 1966

Eckener war der Nachfolger von Ferdinand Graf von Zeppelin. Unter seiner Leitung entstanden unter anderem die Luftschiffe LZ 126/ZR-3 „Los Angeles“, LZ 127 „Graf Zeppelin“ und LZ 129 „Hindenburg“. Eckener war mehrfacher Ehrendoktor, Ehrensensator und Ehrenbürger. Zwischen den Weltkriegen zählte er zu den am höchsten dekorierten Deutschen. Eckener veröffentlichte auch verschiedene Bücher und Schriften.

Im Jahr 1947 hielt sich Eckener sieben Monate in den Vereinigten Staaten auf und wirkte auf Einladung des Direktors Paul W. Litchfield (1875–1959) als Berater für die Goodyear Aircraft Corporation. Gemäß seinen Angaben im Fragebogen zur Entnazifizierung soll er unpolitisch gewesen sein und gehörte weder der NSDAP noch irgendeiner Nebenorganisation an.

Literatur: Karl Moersch, Reinhold Weber (Hrsg.) : Die Zeit nach dem Krieg: Städte im Wiederaufbau, 2008.

Josef Holler 1881-1959 Benennung in der Nordoststadt 1960

Josef Holler war Jurist, Mitglied der Zentrums-Partei, 1921-34 Offenburger Oberbürgermeister und ab 1951 Ehrenbürger. Über Josef Holler ist aus den Spruchkammerakten zu erfahren, dass der Jurist kein Mitglied der NSDAP war und trotz großen politischen Drucks nicht Parteimitglied wurde. Aus den Unterlagen der NS-Kreisleitung Freiburg ist folgendes Zitat zu entnehmen:

„Holler gehörte vom Jahr 1906 bis zur Auflösung der Zentrumspartei an. Bis 1934 war er Oberbürgermeister der Stadt Offenburg. Er war ein verbissener Gegner der NSDAP. Die NSDAP und deren Führer bekämpfte er, wo sich ihm die Gelegenheit bot, auch in der Presse. Aus diesem Grund musste er, nach der Machtübernahme als Oberbürgermeister von Offenburg weichen. (...) Holler gehört aber heute noch zur schwarzen Reaktion. Er hat heute noch gute Verbindungen zum ehemaligen Zentrum und Ordinariat. (...) Der Partei gegenüber hat er starke Hemmungen und wird diese auch nie überwinden.“ (Kreisleiter der NSDAP Dr. Fritsch 1939)

Literatur: Klaus Eisele, Joachim Scholtyseck, Zwischen Demokratie und Diktatur. Offenburg 1918-1949, 2003. Spruchkammerakte Staatsarchiv Freiburg

Lukas Müller 1887-1961 Benennung in Zell-Weierbach 1971

Bei Lukas Müller handelt es sich um einen politischen Verfolgten. Obwohl er aufgrund seiner Verfolgung unter sehr verarmten Verhältnissen leben musste und

gesundheitlich angeschlagen war, wurde ihm nach 1945 eine Wiedergutmachung verwehrt, weil er auf massivem Druck der NSDAP 1941 Parteimitglied geworden war.

Müller war 1906 Mitglied des deutschen Buchdruckerverbandes, 1909 Mitglied der SPD und 2. Vorsitzender des Heilbronner Gewerkschaftskartells sowie Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft. Als Redakteur des Neckar-Echos war er vor 1933 gegen die NS-Bewegung tätig. 1933 demolierten die Nationalsozialisten die Redaktionsbüros. Im gleichen Jahr kam Müller in „Schutzhaft“, seine Wohnung wurde durchsucht. Nach der Haftentlassung wurde er arbeitslos und zog in sein Heimatdorf Zell-Weierbach zurück. Dort arbeitete er bei der Gemeinde als Hilfs- und Westwallarbeiter. Ab 1939 wurde er beim Finanzamt als Buchhalter angestellt, jedoch weiterhin von der Gestapo überwacht. In Zell-Weierbach war Müller sehr sozial engagiert. Der Zell-Weierbacher Leiter der Arbeitsfront gab Müller den Auftrag, ein „Dorfbuch“ zur Heimatgeschichte zu führen. 1941 trat er auf Druck der Nationalsozialisten in die Partei ein und wurde 1944 als 57jähriger zu Schanzarbeiten im Elsass eingesetzt. Dort geriet er in die Kriegsgefangenschaft.

Die Entnazifizierungsspruchkammer sah Lukas Müller wegen seiner NSDAP-Mitgliedschaft ungeachtet seiner Verfolgung als „Minderbelasteten“ an. Nach 1945 redigierte Müller die Offenburger Ausgabe der sozialdemokratischen Zeitung „Das Volk“, gehörte von 1945 bis 1961 dem Zell-Weierbacher Gemeinderat an und war Bürgermeister-Stellvertreter. Im Kreistag war er sieben Jahre tätig, ebenso als Schöffe bei Gericht. 1949 gründete er den SPD-Ortsverein Zell-Weierbach mit. Bis zu seinem Tod engagierte sich Müller als Heimathistoriker seiner Gemeinde.

Literatur: Wiedergutmachungs- und Spruchkammerakte Staatsarchiv Freiburg, Nachruf in: Die Ortenau, 42 (1962).

Die beiden Bürgermeister und Gründungsmitglieder der Winzergenossenschaft der damals selbständigen Gemeinde Zell-Weierbach

Franz Schmidt (1868-1949/Amtszeit 1919-35) Benennung 1933

und der von der französischen Besatzung eingesetzte und später gewählte

Franz Herb (1891-1977/ Amtszeit: 1948-57) Benennung 1974
--

waren beide keine Parteimitglieder und es wurden auch keine Sühnemaßnahmen gegen sie verhängt.

Literatur: Spruchkammerakten des Stadtarchivs, Staatsarchivs und Kreisarchivs des Ortenaukreises

KATEGORIE 2 **(13 Straßennamen)**

Die Mitgliedschaft in der NSDAP sagt über die politische Gesinnung sowie die potenzielle Verstrickung in die Machenschaften des NS-Herrschaftssystems zunächst wenig aus. Zu den folgenden Namensgebern ergeben sich aus der Literatur und den Archiven widersprüchliche Einschätzungen. Manche

Persönlichkeiten versuchten sich, von der Politik fern zu halten, bei anderen finden wir eine Haltung vor, die das indifferente Handeln eines Großteils der Bevölkerung in der NS-Diktatur widerspiegelt. Teilweise kommt allerdings auch das Versagen der deutschen Eliten im Nationalsozialismus und gegenüber der von ihnen ungeliebten Weimarer Republik exemplarisch zum Vorschein. Die Ehrung mit einer Straßenbenennung erfolgt in der Regel als Auszeichnung für große wissenschaftliche, wirtschaftliche oder kulturelle Verdienste in der Bundesrepublik.

- Bögner, Karl, Lehrer und Musiker 1881-1948
- Bosch, Robert, Unternehmer 1861-1942
- Burda, Franz, Verleger 1903 -1986
- Furtwängler, Wilhelm, Dirigent und Komponist 1886-1954
- Hahn, Otto, Chemiker und Nobelpreisträger 1879-1968
- Hauptmann, Gerhart, Schriftsteller 1862-1946
- Huber, Franz, Verleger und Journalist, 1886-1958
- Kähni, Otto, Lehrer, Stadtrat, Vorsitzender des Hist. Vereins f. Mittelbaden
- Lehár, Franz, Komponist 1870-1948
- Philipp Franz, Direktor Staatl. Hochschule für Musik 1890-1972
- Planck, Max, Physiker und Nobelpreisträger 1858-1947
- Sauerbruch, Ferdinand, Arzt 1875-1951
- Schleyer, Hanns-Martin, Unternehmer 1915-1977

2. 1. Persönlichkeiten aus der Wissenschaft

Über diese bekannten renommierten Wissenschaftler liegen inzwischen mehrere wissenschaftliche Studien von Wissenschaftshistorikern vor, die von den betroffenen Institutionen selbst in Auftrag gegeben wurden, mit dem Ziel, die Rolle der Wissenschaft(ler) im Dritten Reich zu erforschen.

Otto Hahn 1879-1968 Benennung: Nordweststadt 1968

Bei Otto Hahn handelt es sich um eine wichtige Persönlichkeit in der Geschichte der modernen Wissenschaft, sowohl wegen seiner Forschungen auf dem Gebiet der Radioaktivität als auch aufgrund der Rolle, die er nach dem Zweiten Weltkrieg als Präsident der Max-Planck-Gesellschaft und als führender Wissenschaftler in der Bundesrepublik Deutschland spielte. Otto Hahn war Chemiker, Pionier der Radiochemie und Entdecker zahlreicher Isotope und der Kernspaltung des Urans (1938), wofür ihm 1944 der Nobelpreis für Chemie verliehen wurde.

Durch sein energisches Auftreten konnte Otto Hahn, der seit 1933 ein Gegner der Nazi-Diktatur war und sich immer wieder erfolgreich der Aufforderung zur Mitgliedschaft in der NSDAP widersetzte, vielen gefährdeten oder verfolgten Institutsangehörigen beistehen und sie vor Fronteinsatz oder gar der Deportation in ein Konzentrationslager bewahren. Neuere Forschungen haben allerdings ergeben, dass Otto Hahn nach 1945 „*wie andere deutsche Wissenschaftler auch, die unterstützende Tätigkeit für die Nazis ,verdrängt‘*“ habe. Der Wissenschaftshistoriker Mark Walker, der im Auftrag der Präsidentenkommission "Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus" Hahns Biografie untersuchte, zog eine erste Bilanz: "*Der Kernspaltung folgte eine Bewusstseinspaltung, vor allem bei Otto Hahn.*" Der Entdecker der Kernspaltung gilt als einer der bedeutendsten Chemiker der Geschichte und insbesondere als „Vater der Kernchemie“. Seit den

Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki 1945 gehörte er zu den schärfsten Kritikern der nuklearen Aufrüstung der Großmächte und der durch unkontrollierte Atomtests fortschreitenden radioaktiven Verseuchung der Erde. Dagegen setzte er sich wiederholt für die friedliche Nutzung der Kernenergie ein.

Mark Walker kommt in seiner Studie zum Ergebnis: Otto Hahn sei *„ein Wissenschaftler und Wissenschaftsadministrator, der während der Zeit des Nationalsozialismus moralisch relativ integer geblieben ist, der jedoch dem Regime gegenüber auch Konzessionen machte und seine eigene Arbeit wie die seines Instituts durch die Beteiligung am Uranprojekt in den Dienst militärischer Forschung stellte. Nach dem Krieg, als Hahn frei hätte seine Meinung äußern können, unterließ er es, sich der Realität der Wissenschaft unter dem Nationalsozialismus zu stellen und leistete stattdessen einem falschen Bild von seiner Arbeit und der Wissenschaft der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im allgemeinen Vorschub, indem er vorgab, es habe sich um reine Grundlagenforschung gehandelt, die durch den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg nicht befleckt worden sei.“*

Literatur: Ergebnisse. Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“ Hrsg. von Carola Sachse im Auftrag der Präsidentenkommission der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. von Mark Walker: Otto Hahn - Verantwortung und Verdrängung, Max-Planck-Gesellschaft, Berlin 2003; <http://www.mpiwg-berlin.mpg.de/KWG/Ergebnisse/Ergebnisse10.pdf>

Max Planck 1858-1947 Benennung: Weststadt 1960

Max Karl Ernst Ludwig Planck gilt als bedeutender deutscher Physiker auf dem Gebiet der theoretischen Physik und Begründer der Quantenphysik. Für die Entdeckung des Plankschen Wirkungsquantums erhielt er 1919 den Nobelpreis für Physik des Jahres 1918. Planck war zweifellos kein Nationalsozialist. Dennoch nahm er im Dritten Reich, so der Historiker Dieter Hoffmann in seiner Studie über die Max-Planck-Gesellschaft, in seinen wissenschaftsleitenden Funktionen zwiespältige Positionen ein. Sein Verhalten blieb keineswegs frei von Ambivalenzen und Fehleinschätzungen. Die Akte politischer Gewalt und Verfolgung, die antisemitische Vertreibungspolitik wurden von Planck als „Extreme des Machtwechsels“ gesehen, als ein „Gewittersturm“, der sich früher oder später beruhigen würde. Dass dies ein Pakt mit dem Teufel war, ist Planck wohl Mitte der 30er-Jahre klar geworden. Seitdem zeigte er deutliche Distanz zur Nazi-Diktatur, zuweilen sogar Zivilcourage, was ihn freilich noch nicht zum Widerstandskämpfer oder gar Helden machte.

Literatur: Dieter Hoffmann und Mark Walker Physiker zwischen Autonomie und Anpassung: Die Deutsche Physikalische Gesellschaft im Dritten Reich, 2006; Dieter Hoffmann: Max Planck: Die Entstehung der modernen Physik, 2008

Ernst Ferdinand Sauerbruch 1875-1951 Benennung in Elgersweier 1971

Sauerbruch gilt als einer der bedeutendsten und einflussreichsten Chirurgen des 20. Jahrhunderts. 2009 entstand im sächsischen Großröhrsdorf eine Diskussion über die Benennung des örtlichen Ferdinand-Sauerbruch-Gymnasiums, nachdem die dortige Schulkonferenz beschlossen hatte, dass die Vergangenheit Ferdinand Sauerbruchs im Dritten Reich als unvereinbar mit dem Sächsischen Schulgesetz zu bewerten sei.

Der Historiker Jörg Hauptmann erstellte für die Schule eine Expertise. Aufgrund seiner Ergebnisse wurde beschlossen, den Namen beizubehalten.

Wie ist Ferdinand Sauerbruchs Verhältnis zum Nationalsozialismus zu bewerten?

Dazu Hauptmann: Als zentrale Faktoren seien bei Sauerbruch anzusehen

„einerseits sein liberal bis konservativer Nationalismus und seine ausgeprägte Loyalität gegenüber dem deutschen Staat, andererseits seine Position als politikferner, erfolgreicher Mediziner und zum Dritten seine humanistische Grundhaltung.“

Seine loyal-nationalistische Einstellung lieferte, so Hauptmann weiter, eine relativ große Schnittmenge mit den Nationalsozialisten und dominierte im Herbst 1933, als Sauerbruch sich öffentlich zum neuen Regime bekannte. Im weiteren Verlauf der NS-Herrschaft habe sich der „Nationalist Sauerbruch“ politisch zurückgezogen. *„Dazu trug der maßlose Rassennationalismus der Nationalsozialisten ebenso bei, wie die reflektierenden und differenzierenden Gespräche im Kreise seiner kritischen Freunde.“* Auf seinem Fachgebiet hingegen tat der angesehene Mediziner, so Hauptmann, was man von ihm erwartete. *„Der `Technokrat` konnte einerseits gegenüber der NS-Diktatur für die Freiheit der Wissenschaft eintreten und sich ebenso von ihr hofieren lassen. Ein Vorwurf der sicherlich berechtigt erscheint, ist Sauerbruchs Versagen gegenüber den menschenverachtenden Verbrechen, die im Namen der Deutschen und der Medizin begangen wurden.“*

Hier habe er es auch nach dem Krieg versäumt klar Stellung zu beziehen. So intervenierte er zwar 1940 beim Justizminister gegen die Euthanasie, doch wurde die „Aktion T4“ erst 1941 eingestellt, nachdem es weitere beharrliche Kritik aus den Reihen der Kirche und größeren Bevölkerungsteilen gab. Von den zahllosen menschenverachtenden, medizinischen Versuchen, die vor allem in Konzentrationslagern seit Kriegsbeginn stattfanden, nahm Sauerbruch anscheinend keine oder kaum Notiz, wenngleich er für zahlreiche dieser Projekte Forschungsgelder des Reichsforschungsrates bzw. der Deutschen Forschungsgemeinschaft zur Verfügung stellte. Wie umfangreich Sauerbruchs Wissen um diese Versuche tatsächlich gewesen war und inwieweit ihm gezielt Informationen vorenthalten wurden, ist nach wie vor nicht bekannt.

Jörg Hauptmann kommt in seinem Dossier zum Schluss: *„Es bleibt festzuhalten, dass zur Person Ferdinand Sauerbruch im Dritten Reich weitere Forschungen notwendig sind, insbesondere zu seiner Rolle im Reichsforschungsrat und als beratender Chirurg der Wehrmacht. Es kann dadurch näher geklärt werden, inwieweit Sauerbruch um das Ausmaß der menschenverachtenden Medizinverbrechen, aber auch um Holocaust und Wehrmachtsverbrechen wusste und gegenüber wem er was diesbezüglich geäußert hat. Auch seine Kontakte sowohl zu NS-Kritikern als auch zu Exponenten des Regimes bedürfen einer gründlicheren Untersuchung. Erst dadurch kann ein differenzierteres Bild gewonnen werden.“*

Literatur: Jörg Hauptmann: Dossier „Ferdinand Sauerbruch und das Dritte Reich. Plädoyer für eine differenzierte Betrachtung“ 2011 (http://www.maik-foerster.de/pdf/joerghauptmann-sauerbruch_dossier.pdf)

2. 2. Persönlichkeiten aus dem Kulturbereich

Bei den Straßenbenennungen in Offenburg fällt insgesamt auf, dass bisher Straßen fast ausschließlich nach Kulturschaffenden benannt worden, die sich weitgehend mit dem NS-Regime arrangiert hatten. Prominente jüdische, emigrierte oder verfolgte

Kulturschaffende wurden nicht berücksichtigt. So finden wir zwar den Mitläufer Franz Lehar, aber nicht das NS-Opfer Fritz Löhner-Beda, Librettist, bekannt durch die Operette "Das Land des Lächelns", Texter von Erfolgsschlagern wie "Ich hab' mein Herz an Heidelberg" verloren.

Franz Philipp, 1890-1972 Benennung in Zunsweier 1973

Das Beispiel des Musikers Franz Philipp zeigt exemplarisch die Schwierigkeit, eine Persönlichkeit in ihrer Gänze zu verstehen und zu beurteilen. 1974 ehrte die Ortsverwaltung Zunsweier Franz Philipp, einen Professor der Musik und katholischen Kirchenmusiker ein Jahr nach dessen Tod mit einer Straßenbenennung, da dessen Schwiegereltern aus dem Ort stammten. Die Archivrecherchen ergaben ein widersprüchliches Bild.

Die Auswertung von Philipps Spruchkammerakte im Staatsarchiv Freiburg vermittelt zunächst das Bild eines Mannes, der sich 1946 rückblickend als verfolgten Kritiker des Nationalsozialismus betrachtete. Philipp begründete seinen 1936 erfolgten Parteieintritt mit dem Druck von Parteifunktionären, wobei man den Beginn seiner NSDAP-Mitgliedschaft auf 1. Mai 1933 zurückdatiert haben soll. Philipp war Mitglied der Rotarier, Mitglied im NS-Dozentenbund und arbeitete zwischen 1929 und 1942 als Direktor der Badischen bzw. Staatlichen Hochschule für Musik in Karlsruhe. In seiner Stellungnahme während des Entnazifizierungsverfahrens hebt er hervor, in Opposition zum Regime gestanden zu haben. 1942 sei er unter Verletzung seines Arbeitsvertrags als Direktor auf Druck und krankheitsbedingt von seinem Amt zurückgetreten, so dass die örtlichen Nationalsozialisten den HJ-Führer Mörlin auf diese Stelle setzen konnten. Philipp sei nach eigenen Angaben in der Karlsruher NS-Presse mehrfach als Nazi-Gegner diskreditiert worden, weil er in seinem Kammerchor einige jüdische Sängerinnen duldet.

Eine Anfrage beim Stadtarchiv Karlsruhe und ein Blick in die städtische Homepage ergab hingegen ein völlig konträres Bild. Franz Philipp biederte sich 1933 den Machthabern durch seine Teilnahme während der zweiten "kulturellen Kampfwoche" an, die mit den Bücherverbrennungen abgeschlossen worden war. Die so genannte zweite Woche war der Ehrung "der Heimatdichter" und "-künstler" vorbehalten. Dazu fand in Karlsruhe als Höhepunkt am 29. Juni 1933 eine groß inszenierte Veranstaltung in der Festhalle statt. Dort traten u.a. Vertreter der staatlichen Kultureinrichtungen auf, darunter Franz Philipp. Die NS-Zeitung "Der Führer" berichtete ausführlich und gab Redepassagen von Franz Philipp wieder. *"Sein Dank galt in erster Linie Adolf Hitler, der das gesamte deutsche Kunstleben gereinigt und dem deutschblütigen Künstler wieder die Möglichkeit zu stetem Schaffen gegeben habe. Gerade auf dem Gebiet der Musik ist unendlich viel gesündigt worden, und es bedürfe einer ungeheueren Arbeit verantwortungsbewußter Führerpersönlichkeiten, das Kranke auszuschneiden und das Gute in die neue Zeit hinüberzueretten. Kein anderes Volk könne einen derartigen Reichtum an wertvollsten aus der Seele des deutschen Menschen, aus Volk und Heimat geschöpften Kulturgütern aufweisen. Doch unüberbrückbar erschien in den letzten Jahren die Kluft zwischen Künstler und Volk. Die Pflege der Hausmusik wurde vernachlässigt, die um die Erhaltung des wertvollsten deutschen Volksguts, des deutschen Liedes verdienten Männergesangsvereine und Chorvereinigungen führen infolge Mangels an jungen Kräften einen schweren Kampf um ihren Bestand. Professor Philipp schloß mit der*

Mahnung, den Kampf um die deutsche Kunst aufzunehmen und ihr wieder die Achtung zu verschaffen, die ihr aufgrund ihrer hohen seelischen Werte zusteht.“

Aus Philipps Personalakte geht ferner hervor, dass er 1937 nach Angaben der Kreisleitung NSDAP Freiburg, „Ph. Opus 33 Deutsche Volkshymne zum Lobe der Arbeit“ am 1. Mai aufführte und 1938 am NSDAP-Reichsparteitag als Ehrengast der Reichsleitung NSDAP teilnahm. Während der Zeit des Nationalsozialismus komponierte Franz Philipp verschiedene NS-Feiermusiken zu Thingspielen und anderen Gelegenheiten, Volkskantaten und Gesangswerke mit Texten im Sinne der NS-Machthaber. Philipp wurde von den Machhabern als Musiker sehr geschätzt. Sein Orchesterwerk „Heldische Feier“ Op. 35 wurde vom Völkischen Beobachter gefeiert als „*vorbildlich nationalsozialistische Komposition, weil der Geist unseres Kampfes und die gestaltenden Mächte dieser Musik als zwei gültige Zeugen der inneren Wahrheit dieses neuen Weltbildes vor uns stehen*“. Sein *Fahnenlied* op. 38, 2 wurde zum SA-Lied der SA-Gruppe Südwest.

Philipps Werk, das vorwiegend aus Chorkompositionen besteht, ist nach seinem Tod weitgehend in Vergessenheit geraten. Seine Kompositionen für den NS-Kult und Philipps Versuch einer späteren Kaschierung werden von Musikwissenschaftlern und Historikern nach wie vor kritisch beleuchtet und machen eine heutige Rezeption seines geistlichen Werks sicherlich nicht einfach.

Literatur: Spruchkammerakte Staatsarchiv Freiburg Fred K. Prieberg: Musik im NS-Staat, 1982. Personalakte Stadtarchiv Karlsruhe, <http://www.karlsruhe.de/b1/stadtgeschichte/buecherverbrennung/karlsruhe1933/4ehrung/ehringdichter>

Wilhelm Furtwängler 1886-1954. Benennung: in Zunsweier 1973 (nach Eingemeindung Umbenennung der Hansjakobstraße)

Wilhelm Furtwängler gilt als einer der bedeutendsten Dirigenten des 20. Jahrhunderts. Sein Verhalten während der Nazi-Zeit wird heute unterschiedlich beurteilt. Während ihn der renommierte Musikwissenschaftler Fred K. Prieberg als rein künstlerisch Interessierten eher zu entlasten sucht, stellt ihn unter anderem der Wissenschaftsjournalist Eberhard Straub als ausgeprägten Opportunisten dar.

Die Nationalsozialisten hofierten Furtwängler wegen seiner internationalen Reputation als kulturelles Aushängeschild. Er selbst betrachtete sich zunächst als apolitischen Künstler. So ist nachgewiesen, dass er sich für einige Juden eingesetzt hat. In einem offenen Brief an Joseph Goebbels kritisierte Furtwängler am 11. April 1933 die Diskriminierung jüdischer Musiker. Im Juni 1933 wurde er dennoch von Göring zum Ersten Kapellmeister, im Januar 1934 zum Direktor der Berliner Staatsoper ernannt. Im gleichen Jahr erfolgte die Ernennung zum Preußischen Staatsrat. Außerdem kam Furtwängler den neuen Machhabern im Herbst 1933 insoweit entgegen, als er sich dazu bereitfand, sich zum Vizepräsidenten der Reichsmusikkammer ernennen zu lassen, die Goebbels' Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda unterstand. Furtwängler setzte auch seine

Unterschrift unter den Aufruf der Kulturschaffenden vom 19. August 1934 und bekundete damit öffentlich, dass er „zu des Führers Gefolgschaft“ gehörte.

1935 und 1938 dirigierte der Komponist am Vorabend der Reichsparteitage in Nürnberg, war 1936, 1937 und 1943 Hauptdirigent der propagandistisch genutzten Bayreuther Festspiele und repräsentierte Deutschland 1937 bei der Pariser Weltausstellung. Ebenso ließ sich Furtwängler in Goebbels' Reichskultursenat berufen. Er unterstützte Wahlaufufe zur Reichstagswahl 1936 und zur Volksabstimmung über den „Anschluss“ Österreichs. Im Juni 1939 wurde er mit der Leitung der Wiener Philharmoniker betraut und im Dezember desselben Jahres von Gauleiter Josef Bürckel zum Bevollmächtigten für das gesamte Musikwesen der Stadt Wien ernannt.

Neben Konzerten zu Hitlers Geburtstag und Weihnachtsempfang, für Goebbels Propagandaministerium und für die Hitlerjugend dirigierte er in Prag im November 1940 ein Konzert zur Neueröffnung des „Deutschen Theaters“ und erneut im März 1944 zum fünften Jahrestag des Protektorats Böhmen und Mähren.

Furtwängler war, laut seiner Einlassungen nach 1945, dem NS-Regime gegenüber jedoch ablehnend eingestellt. Er habe sich von dieser Position erhofft, im Sinne einer taktischen Zusammenarbeit auf das kulturpolitische Geschehen Einfluss nehmen und damit das Schlimmste verhindern, „die Kunst von allem ‚Niederem‘ freihalten“ zu können.

1945 erhielt Furtwängler von den amerikanischen Besatzungsbehörden zunächst Dirigierverbot. Verheerender noch war für ihn seine internationale Ächtung und seine Brandmarkung als Sündenbock: Man titulierte ihn als „Hitlers gehätschelten Maestro“, „musikalischen Handlanger der nazistischen Blutjustiz“ und „eine der verhängnisvollsten Figuren des Nazireiches“.

Die emigrierten Künstler hingegen verübelten Furtwängler vor allem seine Prominenz im Dritten Reich. Dabei wurde vergessen, dass er bereits zu Zeiten der Weimarer Republik ein Stardirigent war. Der Fürsprache mehrere nach Nazi-Jargon „entarteten“ Musiker verdankte es Furtwängler, dass er 1947 freigesprochen wurde. Am 25. Mai 1947 dirigierte er erstmals wieder in einem öffentlichen Konzert die Berliner Philharmoniker. Es dauerte jedoch noch weitere fünf Jahre, bis er 1952 wieder zum Chefdirigenten der Berliner Philharmoniker ernannt wurde, diesmal auf Lebenszeit.

Literatur: Fred Prieberg: Kraftprobe. Wilhelm Furtwängler im Dritten Reich, 1986. Klaus Lang: Wilhelm Furtwängler und seine Entnazifizierung, 2012. Eberhard Straub: die Furtwänglers. Geschichte einer deutschen Familie, 2007

Gerhard Hauptmann 1862-1946 Benennung: Südstadt 1962

Über die Haltung des Dichturfürsten und Nobelpreisträgers Gerhart Hauptmanns zum Dritten Reich stellt sich die Frage, ob er ein „Kollaborateur aus Opportunismus“ war und, ob er seine jüdischen Freunde verraten hatte. Der Literatur- und Theaterwissenschaftler Peter Sprengel von der Freien Universität Berlin hat in seinem Buch „Der Dichter stand auf hoher Küste – Gerhart Hauptmann im Dritten Reich“ die Überschneidungen von Literatur und Politik in Deutschland während des

NS-Regimes und die letzten Lebens- und Schaffensjahre des Mitte 1946 verstorbenen Autors untersucht.

Er schildert bei Hauptmann die expliziten Begeisterung für das neue Regime (1940: „Adolf Hitlers Weltgenie“) und die latente Übereinstimmung in geistiger Hinsicht bei Hauptmann wie in weiten Teilen der Gesellschaft mit dem, was die Nationalsozialisten propagierten, sowie der ebenfalls vorhandenen dezidierten Ablehnung all dessen, wofür der Nationalsozialismus stand.

Beglückt gab er sich patriotischen Hochgefühlen hin, zumal nach dem „Anschluss“ Österreichs 1938, den er auch in der Presse begrüßte. Auch den Kriegseintritt Italiens vermochte er als „den allergrößten Augenblick der neueren Weltgeschichte“ zu feiern.

Bekannt ist 1933 Hauptmanns Handschlag mit Hitler an Hauptmanns einundsiebzigstem Geburtstag in der Berliner Philharmonie ebenso wie das häusliche Abendessen beim Ehepaar Goebbels 1942. Dennoch blieb der Dichter den Nationalsozialisten immer suspekt. Jenseits seines offiziellen Einverständnisses mit den nationalsozialistischen Machthabern äußert Hauptmann in Tagebucheintragungen kritische Bemerkungen zu den Nürnberger Rassegesetzen und verweigerte sich indes jeder Mitgliedschaft in der NSDAP.

Literatur: Peter Sprengel: Der Dichter stand auf hoher Küste. Gerhard Hauptmann im Dritten Reich, 2009

Franz Lehár 1870-1948 Benennung: Nordoststadt 1965

Die Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland hatte für Lehár große Auswirkungen, da er „sich ausnahmslos jüdischer Textbuchverfasser bei seinen Operetten bediente“ und „in Wien ausschließlich in jüdischen Kreisen“ verkehrte. Einen Ariernachweis hatte Lehár für sich und seine Frau mit dem Hinweis, sie seien beide katholisch, nie erbracht. Er war aber wegen seiner jüdischen Gattin Sophie (geborene Paschkis) angreifbar und erhielt nur wegen Hitlers besonderem Interesse eine Sondergenehmigung zur Berufsausübung. Die anfänglichen Anfeindungen gegen ihn und sein Werk, die vor allem vom Amt Rosenberg ausgingen, verstummten dank der Interventionen von Goebbels. Seine Operetten wurden dann wieder auf den Spielplänen der deutschen Theater geduldet.

1938 wurde Lehárs Frau zur „Ehrenarierin“ erklärt. Im selben Jahr denunzierte Lehár den jüdischen Rechtsanwalt Eitelberg bei Staatsrat und SS-Sturmbannführer Hans Hinkel, der Lehárs Gönner im Reichspropagandaministerium war. Am 12. Januar 1939 und am 30. April 1940 empfing Lehár in Berlin beziehungsweise Wien Auszeichnungen aus Hitlers Hand, darunter eine *Goethemedaille*. 1941 stellte er sich für Propagandakonzerte im besetzten Paris zur Verfügung. Ende 1942 weilte er in Budapest, um die Aufführung seiner alten *Zigeunerliebe* vorzubereiten – in einer wohlweislich vollständig „arisierten“ Textfassung. Gleichwohl wurde einmal versucht, Lehárs Gattin zu deportieren.

Lehárs Freund, der Librettist Fritz Löhner-Beda, wurde am 4. Dezember 1942 im KZ Auschwitz ermordet. Zwar findet sich in der Literatur die Behauptung, Lehár habe sich erfolglos um die Freilassung Löhners durch eine persönliche Vorsprache bei

Hitler bemühte, aber hierfür gibt es bislang keine Belege. Jüngere Recherchen ergaben im Gegenteil, dass Lehár nichts unternahm und nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs beteuerte, von nichts gewusst zu haben.

Literatur: Fred K. Prieberg: Musik im NS-Staat, 1982

2. 3. Persönlichkeiten aus der Wirtschaft

Die beiden Historiker Norbert Frei und Tim Schanetzky kommen in ihrer Studie über „Unternehmen im Nationalsozialismus“ zum Ergebnis, dass die Freiheit unternehmerischen Handelns seit 1933 selbstverständlich eingeschränkt war, aber weit mehr galt das für die bürgerliche Freiheit im Allgemeinen. Anders gesagt: Wen der Verlust der politischen Freiheit nicht störte und wer sich nicht gerade als Jude oder sonst „Gemeinschaftsfremder“ aus der „Volksgemeinschaft“ ausgeschlossen sah, der hatte große Chancen, auch unter dem neuen Regime ökonomisch erfolgreich zu sein. Das galt für enthusiastische Mittelständler wie für die anfangs oft eher distanzierten Großindustriellen. Die deutsche Unternehmerschaft unterschied sich in ihrer übergroßen Mehrheit nicht vom Rest der deutschen Gesellschaft.

Literatur: Norbert Frei, Tim Schanetzky (Hrsg.). Unternehmen im Nationalsozialismus. Zur Historisierung einer Forschungskonjunktur 2010, S. 9-24

Robert Bosch 1861-1942 Benennung: Elgersweier 1972

Über die Einschätzung des liberalen Unternehmers Robert Bosch im Dritten Reich, insbesondere im Rahmen des deutschen Widerstandes, gibt es in der Forschung unterschiedliche Einschätzungen. So finden wir Stimmen, die Bosch als einen Vertreter des liberalen Widerstands betrachten, aber auch Stimmen, die kritisieren, dass eines der wichtigsten Rüstungsunternehmen Deutschlands wie die Robert Bosch GmbH, das zudem Tausende von Zwangsarbeitern einsetzte, überhaupt zum Widerstand gezählt werden kann. In den Bosch-Werken arbeiteten viele Zwangsarbeiter. Bähr und Erker schätzen die Gesamtzahl auf 20.000 Personen, darunter 1.200 KZ-Häftlinge. Ende 1944 lag der Anteil der Zwangsarbeiter an der Belegschaft bei rund 33 Prozent; in der gesamten deutschen Industrie waren es im August 1944 etwa 25 Prozent.

Robert Bosch, der sich für die Völkerverständigung einsetzte und die Nationalsozialisten hasste, arrangierte sich gleichzeitig mit den Machthabern angesichts der Bedeutung des Unternehmens für die Kriegswirtschaft. So traten die beiden Geschäftsführer, Hans Walz, Boschs persönlicher Sekretär und später sein Nachfolger, sowie Martell Wild in die NSDAP ein, um die Ernennung eines überzeugten Nationalsozialisten als Bosch-Chef zu verhindern. *„Walz wurde außerdem Mitglied der SS und des Freundeskreises Reichsführer SS, um nützliche politische Kontakte zu gewinnen“*, heißt es. Dabei unterstützten Walz und Bosch wie kaum jemand sonst im Unternehmerlager den Widerstand gegen Hitler. Bosch hielt andererseits auch engsten Kontakt zu einer Nazi-Größe wie Gottlob Berger, Chef des SS-Hauptamts, und stellte Hugo Bühler ein, der zuvor in der Stuttgarter Gestapo-Zentrale (Hotel Silber) gearbeitet hatte. Bergers Einfluss ist es, nach den Recherchen der Autoren, zu verdanken, dass nach dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944 zwar Bosch-Berater Carl Goerdeler, einer der führenden Männer des Widerstands,

hingerichtet wurde, seine Helfer aus dem Bosch-Kreis der Hitler-Gegner aber überlebten. Bekannt ist ferner, dass Robert Bosch „halbjüdische“ Mitarbeiter vor der Deportation retten konnte.

Literatur: Johannes Bähr, Paul Ercker: Bosch: Geschichte eines Weltunternehmens, 2013

Franz Burda 1903-1986 Benennung in Albersbösch 1959, in Fessenbach 1966

Franz *Burda* war der Sohn des Druckereibesitzers Franz Burda in Philippsburg. 1905 übersiedelte der Vater mit seinem kleinen Unternehmen nach Offenburg, wo der Sohn die Oberrealschule besuchte. Nach dem Abitur arbeitete er als kaufmännischer Lehrling in Offenburg, Buchhalter und selbständiger Verkäufer im kleinen väterlichen Unternehmen mit Sitz in Freiburg. Als Werkstudent ermöglichte er sich in Freiburg, München und Erlangen ein Studium der Volkswirtschaft, bestand 1926 das Examen als Diplomvolkswirt und promovierte 1928 zum Dr. rer. pol.. Anschließend musste er die Leitung des kleinen Betriebes von seinem todkranken Vater (gest. 1929) übernehmen, zugleich auch die Redaktion der neugegründeten Rundfunkzeitschrift "Sürag". 1929 legte Burda die Gesellenprüfung im Buchdrucker-Handwerk ab, 1930 die Meisterprüfung. Im gleichen Jahr finden wir Franz Burda als Kandidaten der Wirtschaftspartei bei den Offenburger Gemeinderatswahlen.

Anfang der 1930er Jahre hatte die "Sürag" bereits eine Auflage von 85.000 Exemplaren erreicht und Burda einen Mitarbeiterkreis von 100 Mann. Der Weg zu einem prosperierenden Verlag fiel in die Zeit des Nationalsozialismus; zeitgleich erfolgte 1934 die Umstellung auf Tiefdruck und der Bau einer neuen Druckerei. Während des Zweiten Weltkrieges stellte Burda militärische Karten für die Wehrmacht her (Kartographische Anstalt Dr. Franz Burda).

Franz Burda trat 1934 in das NSK (Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps) ein und wurde am 1. Oktober 1938 Mitglied der NSDAP. Im gleichen Jahr übernahm er im Rahmen der sogenannten „Arisierung“ gemeinsam mit dem Mannheimer Druckereibesitzer Karl Fritz (Inhaber von Südwestdruck) die Großdruckerei Gebrüder Bauer - eine der größten und modernsten Druckereien im Deutschen Reich -, deren Gesellschafter Berthold, Ludwig und Karl Reiss Juden waren. Burda und Fritz erwarben die Druckerei zu günstigen Konditionen. Nachdem die Mannheimer Firma 1943 ausgebombt war, verlegte Franz Burda das Unternehmen nach Lahr-Dinglingen. 1949 wurde die Gebr. Bauer OHG im Handelsregister gelöscht und firmierte fortan als Werk Lahr-Dinglingen des Unternehmens von Franz Burda. Burda einigte sich im Alleingang (ohne Fritz) im Restitutionsverfahren mit dem überlebenden Berthold Reiss. Zwischen der Familie Burda und Hans Reiss, dem Sohn von Berthold Reiss, entwickelte sich nach 1945 eine enge Freundschaft, 2009 erschien dessen Biografie „Erinnerungen aus 85 Jahren“ im Petrarca-Verlag.

Hans Reiss schildert in seiner Autobiografie die Umstände wie folgt:

„Ein Papiermakler namens Kahn kam in das Büro meines Vaters und sagte ihm, er glaube, Dr. Franz Burda, der eine keineswegs große Druckerei in Offenburg besaß, aber eine erfolgreiche Rundfunkzeitung, die Sürag, herausgab, wäre eventuell am Kauf der Firma interessiert. Er hätte bei ihm angeklopft. Es kam zu Verhandlungen. Mein Vater und Dr. Burda verstanden sich sofort gut. Der Verkauf wurde arrangiert. Dr. Burda konnte das Geld nicht alleine aufbringen. Er hatte einen Bekannten, Karl Fritz, der einen Zeitungsverlag in Karlsruhe betrieb. Diesen konnte er als Teilhaber einspannen. Anders als Dr. Burda war er keineswegs ein tüchtiger Geschäftsmann, aber Nazi. Vor allem war er mit Robert Wagner, dem mächtigen Gauleiter und

Reichsstatthalter von Baden, befreundet. Ein Verkauf einer jüdischen Firma musste amtlich genehmigt werden. Karl Fritz hatte keine Schwierigkeiten, seinen Freund Robert Wagner zu überreden, dem badischen Wirtschaftsministerium die notwendigen Anweisungen zur Genehmigung des Verkaufes zu geben. Sonst wäre der Verkauf vermutlich von der NS-Partei verhindert worden. (...) Dr. Burda hatte jedoch darauf bestanden, meinen Vater mindestens noch ein Jahr zu einem angemessenen Gehalt als Berater in der Firma beschäftigen zu dürfen. Dieser Ausnahmegenehmigung stimmte das Karlsruher Ministerium zu, wohl auf Vermittlung von Karl Fritz. (...) Der Verkauf an Dr. Burda, der einen sehr guten Blick für die Fähigkeiten anderer besaß, war eine gute Lösung.“(Hans Reiss, S.65ff)

Als am 10. November 1938 Franz Burda erfuhr, dass Reiss deportiert werden sollte, „war er von Offenburg nach Mannheim geeilt, um Näheres zu erfahren. Er hatte sich schon mit seinem Teilhaber Karl Fritz besprochen und wollte alles unternehmen, um meinen Vater aus dem Konzentrationslager herauszuholen.“

Trotz der Entlastung durch Hans Reiss bleibt das Unrecht der Arierisierung bestehen. Als Franz Burdas Sohn Hubert Burda 2006 für seine großzügige persönliche und finanzielle Förderung von Versöhnungsprojekten mit dem Leo-Baeck-Preis ausgezeichnet wurde, fand der Laudator, der damalige Vizepräsident des Zentralrats der deutschen Juden, Prof. Dr. Salomon Korn folgende Worte: Dieses Kapitel der Geschichte des Burda-Verlages sei, „ein exemplarisches Stück deutscher Geschichte“, ein „Lehrstück für kommende Generationen über die Frage nach Schuld und Gewissen, nach Verstrickung und Umgang mit dieser Erblast.“

Franz Burda war u.a. deshalb, das räumt auch sein Sohn Hubert Burda ein, „ein Karrierist, ein Mitläufer. Wenn Aenne nicht gewesen wäre, hätte er sich sicherlich verführen lassen.“ (Gisela Freisinger, Hubert Burda – der Medienfürst, 2005, S.20).

Die Einstufung als „Mitläufer des Nationalsozialismus“ entspricht auch der Quellenlage, die dem Stadtarchiv zugänglich ist. Seine Haltung war primär geprägt von dem Interesse, seinen Betrieb voranzubringen.

Im November 1945 wurde Franz Burda für kurze Zeit von der Leitung des Betriebs abgesetzt, weil gegen ihn belastende Aussagen gemacht wurden. Dem Archiv liegen außerdem jedoch mehrere entlastende Aussagen aus einer Akte des Besatzungsarchivs im *Centre des Archives diplomatiques* in La Courneuve vor. So hat Franz Burda beispielsweise die jüdische Ehefrau eines kommunistischen Beschäftigten vor der Deportation gerettet und war deswegen bei der Gestapo vorstellig geworden. Dank seiner guten Beziehungen zur französischen Besatzungsmacht, insbesondere zu General Raymond Schmittlein, erhielt Franz Burda seinen Betrieb schnell zurück und druckte dann Karten, Erinnerungswerke, Instruktionbücher, Schultexte für die neue französische Besatzung. 1948 gelang der Wiedereinstieg in das Zeitschriftengeschäft mit der Gründung der Zeitschrift "Das Ufer", aus der 1954 die "Bunte Illustrierte" hervorging. Sie entwickelte sich zu einem der großen deutschen Unterhaltungsblätter und erreichte in ihrer Glanzzeit eine Auflage von fast 2 Mio. Franz Burda gehörte wie seine Ehefrau Aenne Burda zur Generation der bundesrepublikanischen Wirtschaftsführer, die wesentlichen Anteil am „Wirtschaftswunder“ der 1960er Jahre hatten.

Die persönlichen Beziehungen zu einem Teil der Familie Reiss entwickelten sich zu einer großen Freundschaft, wie Hans Reiss dies in seinen Memoiren schreibt;

„Diese Freundschaft entwickelte sich über Jahre hinweg. Ich hatte sie von meinem Vater geerbt, der Dr. Burda schätzte wie dieser ihn. Dr. Burda war meinem Vater sicherlich dafür dankbar, dass er ihn grundsätzlich für einen anständigen Menschen hielt, mit dem er während der Nazizeit gut zusammen gearbeitet hatte. Es hatte ihm gut getan, dass Dr. Burda sofort nach der Vandalisierung unserer Wohnung am 10. November in unsere Wohnung kam, bereit, sich für meinen Vater einzusetzen. Mit der Zeit wurde meine Beziehung mit Dr. Burda und seiner Frau Aenne immer enger. Dr. Burda wurde ein väterlicher Freund, der nach dem Tod meines Vaters für meine Mutter sorgte. Dann wurde er Pate von Thomas und kam 1966 sogar mit dem eigenen Flugzeug in Begleitung seiner Frau und seines ältesten Enkels zur Taufe nach Bristol. Seine Frau Aenne, wie ihr Mann eine sehr erfolgreiche Verlegerin und ein prächtiger Mensch, mit der meine Frau und ich manche lebhaften Stunden verbrachten, kam im April 1970 als Patin von Richard mit ihrem Mann nach Heidelberg, wo der 92jährige Hermann Maas die Taufe zelebrierte (...).“ (Hans Reiss, 345ff.)

Franz Burda erhielt für seine großen Verdienste verschiedene Auszeichnungen zu seinen Lebzeiten und zeigte sich als großzügiger Stifter. 1963 ernannte der Offenburger Gemeinderat Franz Burda zum Ehrenbürger der Stadt als Anerkennung und Dank für die „gewaltige unternehmerische Leistung“.

„Jedermann wisse, so die Laudatio, dass der heutige Stand dieses Unternehmens Dr. Burdas persönlicher Verdienst sei, dessen Wagemut, Optimismus und vor allem aber umfassende Fachkenntnisse und nimmermüde Tatkraft dieses Werk geschaffen“ habe. Dr. Burdas Fürsorge gegenüber seiner Belegschaft sei „weit über das Maß aller gesetzlichen und tarifvertraglichen Verpflichtungen hinaus“ gegangen. Ein Grund für die Ehrung sei außerdem die „Förderung des kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens der Stadt, diese persönliche Anteilnahme des Bürgers Burda am städtischen Leben“ gewesen.

Literatur:

Burda, Franz" in: Munzinger Online/Personen - Internationales Biographisches Archiv,

URL: <http://www.munzinger.de/document/00000012105>

Dr. Franz Burda. Mensch und Werk, Offenburg 1968

Ute Dahmen: Senator Dr. Franz Burda. Geschichte eines Lebens, 2013

Ute Damen: Aenne Burda. Wunder sind machbar, 2009

Gisela Freisinger: Hubert Burda – der Medienfürst, 2005

Christiane Fritsche: Ausgeplündert, zurückerstattet und entschädigt. Arisierung und

Wiedergutmachung in Mannheim, 2013

Peter Köpf: Die Burdas, 2002

Hans Reiss: Erinnerungen aus 85 Jahren, München 2009

Laudatio von Prof. Dr. Salomon Korn, dem ehem. Vize-Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland bei der Verleihung des Leo-Baeck-Preises 2006 an Hubert Burda;

<http://www.zentralratjuden.de/de/article/1146.html>

Akten des Stadtarchivs Offenburg und des Bundesarchiv

Hanns Martin Schleyer 1915- 1977 Benennung in Waltersweier 1978

Im Falle „Schleyer“ haben wir es mit einer höchst ambivalenten Persönlichkeit zu tun, der als Protagonist des Dritten Reichs wirkte, aber nach 1945 sich zur Demokratie hinwandte. Letztendlich geschah die Straßenbenennung aufgrund seiner Geburt in Offenburg und als Akt der Würdigung seines schrecklichen Schicksals als Mordopfer der „RAF“.

Hanns Martin Schleyer war ein deutscher Manager und Wirtschaftsfunktionär. Der einzige Sohn des Landgerichtsdirektors Ernst Schleyer und dessen Frau Helene wurde am 1. Mai 1915 im badischen Offenburg geboren. Nach dem Abitur in Rastatt immatrikulierte sich Hanns Martin Schleyer 1933 an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Heidelberg. Während des Dritten Reiches war Schleyer bekennender Anhänger des Nationalsozialismus. Hierzu gehörten auch der Eintritt in die SS am 1. Juli 1933 und die Mitgliedschaft in der NSDAP ab 1. Mai 1937. Im Sommer desselben Jahres wurde Schleyer Leiter des nationalsozialistischen Heidelberger Studentenwerks.

Nach dem Jurastudium wurde Schleyer Leiter des Studentenwerks an der Universität Innsbruck, an der er 1939 promovierte. Bis 1941 nahm er am Zweiten Weltkrieg teil. Eine Verletzung des Schultergelenks führte zur Entlassung aus dem Wehrdienst wegen Dienstuntauglichkeit. Anschließend ging Schleyer als Leiter des Studentenwerks nach Prag.

Im November 1943 wechselte er als Sachbearbeiter zum Zentralverband für Böhmen und Mähren, dessen Aufgabe vornehmlich in der Lenkung und „Germanisierung“ der tschechischen Wirtschaft bestand. Der Verband war unter anderem an der 1943 bereits weitgehend abgeschlossenen „Arisierung“ der tschechischen Wirtschaft sowie an der Rekrutierung von Zwangsarbeitern für die deutsche Rüstungsindustrie beteiligt.

Nach der Entlassung aus der US-Kriegsgefangenschaft wurde Schleyer bis 1948 von der französischen Besatzungsmacht interniert und als „Mitläufer“ eingestuft. 1949 trat er als Leiter des Außenhandelsbüros in die Industrie- und Handelskammer Baden-Baden ein. Seit 1951 arbeitete er in der Personalabteilung der „Daimler-Benz AG“, der er bis zu seinem Tod angehörte. 1959 übernahm Schleyer das Vorstandsressort für das Personal-, Sozial- und Bildungswesen. 1962 bis 1973 war er Vorsitzender des „Verbandes der Metallindustrie Baden-Württemberg e. V.“, seit 1965 Vizepräsident der „Bundesvereinigung der Dt. Arbeitgeberverbände (BdA)“, seit 1973 deren Präsident. 1977 übernahm er zusätzlich das Präsidentenamt im „Bundesverband der Dt. Industrie (BDI)“. Schleyer saß in insgesamt 17 Aufsichtsräten deutscher Unternehmen. Als Verhandlungsführer in den Tarifkonflikten mit der IG-Metall galt er als harter Interessenvertreter, der vor zu großem gewerkschaftlichem Einfluss warnte, die paritätische Mitbestimmung ablehnte und auch vor direkten Konfrontationen mit den Gewerkschaften im Arbeitskampf nicht zurückscheute. Er war jedoch kein Vertreter traditioneller patriarchalischer Unternehmenskonzeptionen, sondern setzte stärker auf Kooperation und Teamarbeit im Unternehmen und plädierte für eine flexible und offene Führungskultur.

Die Führungsposition in beiden wirtschaftlichen Spitzenverbänden und seine NS-Vergangenheit machten Schleyer zur Zielscheibe der Rote-Armee-Fraktion. Hanns Martin Schleyer wurde am 5. September 1977 in Köln von „RAF“-Terroristen entführt, um die in Stammheim inhaftierten „RAF“-Mitglieder freizupressen. Nach der Befreiung der Geiseln aus der Lufthansa-Maschine „Landshut“ in Mogadischu am 17. Oktober 1977 und dem darauffolgenden Selbstmord der Stammheimhäftlinge wurde Schleyer nach 43 Tagen Haft von seinen Entführern erschossen, seine Leiche fand man einen Tag später in Mülhausen (Elsass).

Literatur:

Lutz Hachmeister: Schleyer. Eine deutsche Geschichte München 2004.

Bernhard Strebel: Es ist nicht ganz einerlei, wie die Straße heißt, wo man wohnt“
Straßennamen in Celle und personelle Verbindungen zum Nationalsozialismus, Celle 2010.
http://www.celle.de/media/custom/342_17458_1.PDF
Werner Plumpe: „Schleyer, Hanns-Martin“, in: Neue Deutsche Biographie 23 (2007), S. 71
[Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/pnd118608142.html>

2.4. Lokale Persönlichkeiten

Karl Bögner 1881-1948 Benennung in Albersbösch 1959

Der Gymnasiallehrer Karl Bögner ist ein Beispiel für einen unpolitischen Bildungsbürger. Er erhielt für seine Verdienste für die Offenburger Kultur, insbesondere als Mitbegründer des Orchestervereins nach dem Ersten Weltkrieg eine Straßenbenennung. Bögner war vor 1933 Mitglied der liberalen Deutschen Demokratische Partei (DDP) und trat 1937 in die NSDAP ein, war Mitglied der NSV (Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt) und im NS-Lehrerbund. Bögner wurde von seinem Arbeitgeber folgendermaßen politisch beurteilt (NSDAP-Gau Baden, Politische Beurteilung 29.9.1944): *„Bögner pflegt in erster Linie Sport und Musik. Sein politisches und weltanschauliches Interesse fällt demgegenüber ab. Es handelt sich um einen alten Pedanten. Politische Bedenken gegen die beabsichtigte Übertragung von Beförderungsstelle besteht nicht.“*

Der Entnazifizierungs-Untersuchungsausschusses kam 1946 zum Urteil: *„Bögner ist von Hause aus waschechter Demokrat. Eine kleine Wandlung im Sinne des Nationalsozialismus vollzog sich notgedrungen erst mit seiner Ernennung zum stellvertretenden Direktor der Schule. In der Öffentlichkeit trat er weder aktiv noch propagandistisch hervor. Seine Hauptkraft widmete er der Schule und dem von ihm gegründeten Orchesterverein.“*

Literatur: Spruchkammerakte Staatsarchiv Freiburg, Zeitgeschichtliche Sammlung des Stadtarchivs Offenburg

Franz Huber 1886-1958 Benennung Nordoststadt 1971

Der bekannte Offenburger Historiker, Journalist, Verleger und Geschichtschonist war vor 1933 Mitglied der DDP und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold sowie Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft und war nach 1933 kein NSDAP-Mitglied. Er ist Autor zahlreicher Veröffentlichungen, u.a. über die badische Revolution. Dennoch sollte nicht unerwähnt bleiben, dass seine journalistischen Leitartikel in seiner während des Dritten Reichs herausgegebenen Zeitung „Ortenauer Rundschau“ das NS-Regime bejubeln. Die Veröffentlichung erfolgte unter politischem Druck. Doch war Huber auch dazu gezwungen in der Broschüre „Oberrheinischen Landschreiber“ (Juni 1944), den Artikel 14 des demokratischen Offenburger Programms von 1847 zu zitieren, um die Soldaten für den Endkampf ideologisch zu festigen? *„Den Deutschen werde ein Vaterland und eine Stimme in dessen Angelegenheiten. Gerechtigkeit und Freiheit im Innern, eine feste Stellung dem Ausland gegenüber gebühren uns als Nation“.*

Literatur: Spruchkammerakte Staatsarchiv Freiburg

Ähnlich ambivalent verhält sich die Beurteilung von Gymnasialprofessor Dr. Otto Kähni. Er war Gymnasiallehrer, Stadtrat, ehrenamtlicher Archiv- und Museumsleiter und von 1949 bis 1971 Vorsitzender des Historischen Vereins für Mittelbaden. Kähni stand vor der Machtübernahme wie Huber der DDP nahe und wurde dann, um verbeamtet zu werden, auf massivem Druck der Schulbehörde 1937 Parteimitglied. Zu dieser Zeit stuften ihn die Nationalsozialisten als „politisch unzuverlässig“ ein: „Dass er den Staat und die Partei in politischer und weltanschaulicher Hinsicht rückhaltlos bejaht, kann nicht bestätigt werden. Er zeigt keinerlei Willen zur aktiven Mitarbeit“. Er sei zwar ein ehrenhafter Charakter und eifriger Lehrer, lehne allerdings die NS-Weltanschauung entschieden ab. Einige Jahre später klingt das Urteil wesentlich positiver, er sei inzwischen „spendefreudig“ und eine „Führergestalt“. Wie weit seine Zugeständnisse gingen, dokumentiert ein öffentlicher Vortrag in Haslach im Jahr 1944 - das Manuskript liegt dem Archiv vor – wies Kähni „auf die Busenfreundschaft der Sozialdemokratie mit dem Judentum (...) hin und pries Heinrich Hansjakob als antisemitischen Vorkämpfer.“ Insbesondere nach 1945 war Kähni ein höchst geachteter Heimathistoriker, der als Vorsitzender des Historischen Vereins für Mittelbaden e.V. und ehrenamtlicher Archiv- und Museumsleiter für seine Veröffentlichungen und Kulturaktivitäten 1974 den Ehrenring der Stadt Offenburg erhielt.

Literatur: Akten im Staatsarchiv Freiburg, Wolfgang M. Gall: Arbeit für das Volk in Baden und damit für unser deutsches Volk. Der Historische Verein für Mittelbaden im Dritten Reich, Festschrift des Historischen Vereins für Mittelbaden e.V., Offenburg 2010

KATEGORIE 3 **(1 Straßename)**

Im Zuge der ersten Entnazifizierungsmaßnahmen wurden im Mai 1945 in Offenburg und den elf damals noch selbständigen Ortsteilen nationalsozialistische Straßenbenennungen von den französischen Besatzungsbehörden rückgängig gemacht:

Adolf-Hitler-Straße

(Benennung)1934 OG (früher und danach: Hauptstraße)
1933 Bohlsbach (Bachstraße)
1933 Bühl (Hauptstraße)
1933 Elgersweier (Gemeindsplatz)
1938 Griesheim (Hauptstraße)
1933 Windschläg (Freiherr-von-Neveu-Straße)

Adolf-Hitler-Platz

1933 Rammersweier
1933 Zell-W. Hitlerplatz (Dorfplatz)

Leo-Schlageter-Straße

1934 OG: Die Stadtverwaltung fasste „Rathenaustraße“ und Erzbergerstraße zusammen.
1945 wurden beide Straßenteile in „Erzbergerstraße“ umbenannt.
1938 Griesheim (Pfarrstraße)

Otto-Wacker-Straße

1941 OG (Teil der Wilhelmstraße)
1933 Elgersweier (Zieglerstraße)
1939 Windschläg (Bohlsbacher Straße)

Platz der SA

1939 OG (Teil der Hauptstraße von der Einhornapotheke bis Kunstmühle Zibold)

Robert-Wagner-Straße

1933 Bohlsbach (Feuerwehstraße)
1933 Elgersweier (Kinzig- u. Kirchstraße)
193? Rammersweier (Weinstraße)
1939 Windschläg (Bohlsbacher Straße)
1933 Zell-Weierbach (Weinstraße)

Horst-Wessel-Straße

1934 OG (Ebertstraße zwischen Zellerstraße und Krankenhaus)
1933 Elgersweier (Kreuzwegstraße)
193? Griesheim (Mittelstraße)

Horst-Wessel-Platz

1934 OG (Ebertplatz)

Eine Ausnahme bildet hier die **Hindenburgstraße**

44. Paul von Hindenburg, Reichskanzler 1847-1934

Benennungen

1927 Offenburg
1933 Elgersweier früher: Lange Straße, nach Eingemeindung 1971 Kreuzwegstraße
1933 Bohlsbach früher: Bachstraße nach Eingemeindung 1975 Ignaz-Krohmer-Str.
1933 Zell-Weierbach nach Eingemeindung 1970 Weingartenstraße
1938 Griesheim Teil der Eichwaldstraße

Die Person Paul von Hindenburg wurde in der Vorlage bereits ausführlich behandelt.

KATEGORIE 4

(9 Straßennamen)

Dazu zählen die vier Jagdflieger des Ersten Weltkriegs (siehe Vorlage)

- Boelcke, Oswald, Jagdflieger, im 1. Weltkrieg gefallen, geb. in Saale, 1891-1916
- Immelmann, Max, Jagdflieger, im 1. Weltkrieg gefallen, geb. in Dresden, 1890-1916
- Oehler, Karl-Josef, Jagdflieger, im 1. Weltkrieg gefallen, geb. in Nordrach, 1889-1917
- Richthofen, Manfred von, Jagdflieger, im 1. Weltkrieg gefallen, geb. in Breslau 1892-1918

Weitere vier Benennungen wurden in der Zeit des Nationalsozialismus vorgenommen.

- Bauer, Wilhelm, Direktors der Spinnerei und Weberei und Gemeinderats (1864-1932)

Wilhelm Bauer, 1864-1932 Benennung: Kinzigvorstadt 1933 (früher Fabrikstraße)

Die Benennung der Straße nach dem Direktor der Spinn- und Weberei wurde noch vom demokratisch gewählten Stadtrat unmittelbar nach dessen Tod 1932 bereits beschlossen und 1933 vollzogen.

- Prinz-Eugen-Straße

Prinz Eugen, 1663-1736 Benennung Nordoststadt 1941

Eugen Franz, Prinz von Savoyen-Carignan (fr: *François-Eugène de Savoie-Carignan*, it: *Eugenio di Savoia-Carignano*; (1663-1736), unter dem Namen Prinz Eugen bekannt, war einer der berühmtesten Feldherren des Hauses Österreich und wesentliche Stütze der Großmachtstellung Österreichs innerhalb Europas. Er war ab 1697 Oberbefehlshaber im Großen Türkenkrieg. Neben dem Herzog von Marlborough war er während des Spanischen Erbfolgekrieges (1701–1714) Oberkommandierender der antifranzösischen Alliierten. Nach der Wiederaufnahme des Krieges gegen die Osmanen (1714–1718) sicherte er die österreichische Vorherrschaft in Südosteuropa.

Mit den folgenden drei Benennungen wurden die Ansprüche Deutschlands gegenüber den französischen Gebieten mit einem Straßennamen verankert. Alle drei Namen wurden 1945 nicht revidiert.

- Saarland-Straße Umbenennung der Republikstraße (1925) im Jahr 1935
- Straßburger-Straße Benennung 1935
- Vogesenstraße Benennung 1936

Literatur: Birgit Seitz: Straßenumbenennungen in Offenburg zwischen 1933 und 1938, in: Die Ortenau 77 (1997), S. 577ff. Akten Stadtarchiv

Nichtkategorisierte Namensgeber

Fünf Personen wurden mangels Informationen über die Zeit 1933-45 in keine Kategorie eingeordnet.

Sigmund Anselment 1883-1966 Benennung in Elgersweier 1971 (Umbenennung der Hansjakobstraße nach Eingemeindung)

Über Sigmund Anselment liegen nur lückenhafte Archivunterlagen vor. Nach einer Glasmalerlehre ließ er sich zum Volksschullehrer ausbilden. Von 1919 bis 1949 war er Oberlehrer bzw. Schulleiter in Elgersweier und leitete dort den Kirchenchor. 1948 stufte ihn die Spruchkammer als „Sympathisant“ (Mitläufer) ein. Anselment war zwischen 1934 und 45 Ortsamtsleiter des NSV (Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt), Mitglied des NS-Lehrerbundes, seit 1934 Mitglied der NSDAP, nach eigener Auskunft auf Drängen der örtlichen Nationalsozialisten. Vor 1933 war Anselment im Zentrum politisch aktiv. Nach Aussage des Elgersweierer Pfarrers Reuss nach Kriegsende (21.9.1945) habe Anselment seit 27 Jahren hier unterrichtet, er habe ihn als einen überzeugten praktischen Katholiken und religiösen Pädagogen kennen und schätzen gelernt.

Fritz Hermann 1859-1943 Benennung: Nordoststadt 1919

Über den ehemaligen Offenburger Oberbürgermeister und Ehrenbürger Fritz Hermann liegen aus der Zeit 1933-43 keine Unterlagen vor, ebenso wenig berichtet Andreas Gößner darüber in seinem Aufsatz zur Erinnerung an Hermanns 150. Geburtstag in der Zeitschrift „Die Ortenau“, 2009.

Ebenso können keine Aussagen gemacht werden über die beiden Priester

Wilhelm Wacker 1888-1972 Benennung in Zunsweier 1971

und

Adam Stier 1854-1935 Benennung in Zunsweier 1973

sowie über den vor 1933 in die USA ausgewanderten Physiker

August Hund 1887-1952 Benennung in Albersbösch 1962